POMMERSCHE
EVANGELISCHE
KIRCHE

13.03.03

Pommerscher Bischof Abromeit befürchtet Umsiedlungsaktionen

Erklärung zur Situation in Palästina angesichts des drohenden Irak Krieges

Greifswald/Berlin. Der Bischof der Pommerschen Evangelischen Kirche, Dr. Hans-Jürgen Abromeit, befürchtet massive Umsiedlungsversuche gegenüber der palästinensischen Bevölkerung, wenn es zu einem Krieg gegen den Irak kommt. Derartige erzwungene Aktionen könnten im Schatten der militärischen Auseinandersetzungen unbeachtet von der Weltöffentlichkeit erfolgen. Er teile damit die Sorge vieler palästinensischer Christen und Gemeinden, zumal die gegenwärtige israelische Regierung solche Pläne nie ernsthaft dementiert habe. Das geht aus einer Erklärung hervor, die der Jerusalemsverein, dessen Vorsitzender Abromeit ist, gemeinsam mit dem Verein der Schneller Schulen abgegeben hat.
Beide Vereine begleiten seit über 150 Jahren den Aufbau von evangelischen Gemeinden und Schulen für christliche und muslimische Kinder in Palästina, Jordanien und Libanon.
In der Erklärung wird auch zu den Selbstmordattentaten jugendlicher Palästinenser Stellung genommen. Den vollständigen Wortlaut finden Sie angefügt.

PALÄSTINA IM SCHATTEN EINES IRAK-KRIEGES

Gemeinsame Erklärung des Jerusalemsvereins und des Ev. Vereins für die Schneller-Schulen e.V.

1. Seit über 150 Jahren begleiten der Jerusalemsverein im Berliner Missionswerk und der Ev. Verein für die Schneller-Schulen e.V. im Ev. Missionswerk Südwestdeutschland Christen im Nahen Osten beim Aufbau von evangelischen Gemeinden und Schulen für christliche und muslimische Kinder und Jugendliche in Palästina, Libanon und Jordanien. Unsere Partner teilen den Wunsch aller Palästinenser und ihrer israelischen Nachbarn, selbstbestimmt in ihrem Heimatland im Schutz eines eigenen Staates mit völkerrechtlich anerkannten sicheren Grenzen zu leben, dessen Existenzrecht nicht mehr in Frage gestellt wird. Sie treten für ihr Recht ein, ihr Land, ihre Gesellschaft und ihre Zukunft für sich und ihre Kinder im Frieden und nach eigenen Vorstellungen aufzubauen und zu entwickeln. Wir fühlen uns auf Grund unserer in langen Jahren gewachsenen Beziehungen mitverantwortlich, dass ihre Stimmen bei allen Entscheidungen über das Geschick der Menschen im Nahen Osten gehört werden. Wir hören von unseren palästinensischen Schwestern und Brüdern Stimmen der Enttäuschung, der Klage, der Furcht und der Bitte.

2. Die E n t t ä u s c h u n g über das Scheitern aller Friedensbemühungen und Hoffnungen seit der Ermordung von Israels Premierminister Rabin ist groß. Wir sehen, wie alle Aussichten auf Annäherung, Verständigung und gerechten Ausgleich einer wachsenden Entfremdung und Feindschaft weichen. Wir begegnen in Israel und Palästina einer Generation, die – anders als ihre Eltern – kaum je die Chance hatte, die Menschen auf der jeweils anderen Seite als Nachbarn kennen zu lernen. Wir erleben die Friedensbereiten auf beiden Seiten isoliert, in unserer Öffentlichkeit wenig beachtet und am Ende ihrer Kraft.

3. Wir hören, verstehen und bestätigen aus eigener Anschauung die K l a g e n von Männern, Frauen und Kindern in Palästina über ihr Leiden unter der seit 36 Jahren andauernden Besatzungsgewalt durch den israelischen Staat. Die palästinensischen Bewohner von Ost-Jerusalem, der Westbank und Gaza müssen damit leben,
   - dass durch die Besatzungspolitik unendlich viele Menschen um ihr Leben, um ihre Existenzgrundlagen, ihre Freiheit, ihre Gesundheit, ihre Ausbildung und Entfaltung und um klare Zukunftsperspektiven gebracht werden;
   - dass über Boden und Wasser zu ihren ungunsten verfügt wird, dass zusätzlich durch Häuserzerstörungen und Abholzung von Fruchtbäumen Lebensgrundlagen vernichtet werden, während gleichzeitig durch anhaltenden völkerrechtswidrigen Siedlungsbau vollendete Tatsachen geschaffen werden, die jede Aussicht auf ein zusammenhängendes Staats- und Wohngebiet für Palästinenser zunichte machen;
   - dass gleichzeitig mit dem Ausbau eines Straßennetzes exklusiv für die israelischen Siedlungen palästinensische Infrastruktur wiederholt so zerstört wird, dass alle Bemühungen um den Aufbau eines geordneten Gemeinwesens vergeblich erscheinen;
   - dass sie Menschenrechtsverletzungen und kollektiven Bestrafungen ausgesetzt und durch immer neue Ausgangssperren und ständige Abriegelungen in unerträglicher Weise gehindert sind, sich in und zwischen ihren Ortschaften frei zu bewegen, ihrer Arbeit und Ausbildung nachzugehen,

oder lebensnotwendige Einrichtungen, wie Krankenhäuser, ohne Verzug zu erreichen;
- dass daher Arbeitslosigkeit und Armut in selten erlebtem Ausmaß um sich greifen;
- dass Menschen ihres Vertrauens, die für sie sprechen könnten, daran gehindert werden, politisch tätig zu werden.

Unsere palästinensischen Partner beklagen, dass alle diese Maßnahmen zum Zerfall ihrer gewachsenen Gesellschaftsstruktur beitragen, und, statt der Sicherheit Israels zu dienen, die Gewaltbereitschaft unter palästinensischen Jugendlichen wachsen lassen, die dann wiederum zu noch härteren Vergeltungsschlägen führt. Die Familien leiden darunter, dass manche ihrer Jugendlichen in dieser Situation keinen anderen Ausweg mehr sehen, als sich dazu gebrauchen zu lassen, mit ihrem eigenen Leben das Leben ihrer Nachbarn auszulöschen. Auch wenn sie verstehen, was junge Menschen zu solchen Verzweiflungstaten treiben kann, verurteilen die mit uns verbundenen Christen terroristische Gewalt und Selbstmordanschläge als menschenverachtende und ihrem eigenen Anliegen unermesslich schädliche Verbrechen, trauern um die Opfer und fühlen mit ihren Angehörigen – ebenso, wie wir es tun.
Menschen in Palästina leiden unter dem Eindruck, dass, wenn es um Israel und Palästina geht, mit zweierlei Maß gemessen wird und bisher keine diesen Konflikt betreffende UNO-Resolution durchgesetzt wurde.

4. Wir nehmen die B e f ü r c h t u n g e n in palästinensischen Gemeinden und Familien ernst,
   - dass der Siedlungsbau vorangetrieben wird, um die Entstehung eines lebensfähigen palästinensischen Staates zu behindern;
   - dass die Weltöffentlichkeit sich unter dem Eindruck des drohenden Krieges gegen den Irak daran gewöhnt, das alltägliche Unrecht und Töten zwischen Mittelmeer und Jordan zu übersehen, zu vergessen oder als unvermeidlich hinzunehmen;
   - dass es im Schatten oder in der Folge eines Krieges im Irak zu „Transfer“, zu erzwungenen Umsiedlungsversuchen kommen kann, wie sie von namhaften israelischen Politikern gefordert und nie offiziell verbindlich dementiert wurden, bzw. dass die Lebensumstände so bedrückend werden, dass immer mehr Männer und Frauen in Palästina keine andere Wahl sehen, als ihre Heimat zu verlassen.
   -
5. Wir nehmen die B i t t e n unserer Geschwister in den palästinensischen Kirchen und die Bitten der palästinensischen und israelischen Friedensbewegungen auf, sie in ihrem Widerstand gegen Besatzungs- und jede Form von Waffengewalt zu unterstützen. Sie bitten uns, solidarisch mit ihnen in der Öffentlichkeit für ein Ende der Besatzung einzutreten, für einen gerechten Frieden zwischen den Völkern in Israel und Palästina, in dem Land und Wasser fair geteilt werden, und für die Chance zum Aufbau eines palästinensischen Gemeinwesens.

6. Wir sind mit unsern Partnerinnen und Partnern in Palästina überzeugt, dass es für eine friedliche Nachbarschaft zwischen Israelis und Palästinensern nicht zu spät ist, wenn UNO-Resolutionen befolgt, Besatzung und Siedlungsbau beendet, das Land und seine Ressourcen gerecht geteilt, und das Heimat- und Bleiberecht beider Völker im Land mit deutlichen Signalen anerkannt werden,

und damit aller Bereitschaft, das eigene Recht mit Gewalt zu suchen, der Boden entzogen wird.

Wir fordern alle auf, die bei uns in Regierung, Kirchen und Medien Verantwortung tragen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, indem sie bei der israelischen Regierung und bei der Palästinensischen Autonomiebehörde diese Anliegen mit uns vertreten und auf geeignete Schritte zum Frieden hinwirken.

Stuttgart – Greifswald, den 12. März 2003

Für den Jerusalemsverein
Bischof Dr. Hans-Jürgen Abromeit

Für den Ev. Verein für die Schneller-Schulen
Pfr. Klaus Schmid

Bischof Dr. Hans-Jürgen Abromeit

Bahnhofstraße 35/36

17489 Greifswald

Tel.: 0 38 34 - 554-711 (Sekretariat)

Fax: 0 38 34 - 554-799

bischof@pom-ev-kirche.de